

»Der Islam ist nicht reformierbar«

Interview mit Mina Ahadi

Der Zentralrat der Exmuslime ist ein seit 2007 in Deutschland bestehender Zusammenschluß nichtreligiöser Menschen aus Ländern islamischer Prägung und ehemaliger Muslime. Ziel der Vereinigung ist die Emanzipation des Menschen von den Zwängen der Religion. Mina Ahadi steht dem Zentralrat seit seiner Gründung vor. Sie wurde 1956 im Iran geboren und war bis zu ihrer Flucht 1981 in der linken Opposition aktiv. Seit 1996 lebt sie in der Bundesrepublik. In ihrem Heimatland wurde 1980 die Todesstrafe gegen sie verhängt.

Aus welchen Gründen hat sich der Zentralrat der Ex-Muslime gegründet und welche Vorgeschichte hat er?

Wir haben den Zentralrat der Ex-Muslime Anfang 2007 gegründet. Einige von uns sind vor den islamischen Regierungen geflüchtet – ich komme selbst aus dem Iran und lebe schon einige Jahre in Deutschland – andere sind als Gastarbeiter hergekommen. Wir sind nach Deutschland oder in andere europäische Länder ausgewandert, weil wir hier ein besseres Leben leben wollten, mit mehr Freiheit und Selbständigkeit, wo Frauen ihr Leben frei leben können. In unseren Herkunftsländern waren wir unterdrückt, besonders Frauen konnten nicht selbst über ihr Leben bestimmen. Leider mussten wir aber feststellen, dass in den europäischen Ländern eine Politik vertreten wird, die mit der patriarchalen, chauvinistischen Kultur und Bewegung einhergeht, vor der wir geflüchtet sind. Zwar wird viel über Ehrenmord, Zwangsheirat, Kopftuch und Moscheebau geredet, doch eine Kritik daran wird wenn nur von rechtsextremer Seite geäußert. Von Menschen- und Frauenrechtsorganisationen, von linken Strukturen oder Parteien wie Die Linke oder Die Grünen aber, Organisationen, die sich traditionell mit Menschenrechten befassen müssten, hört man dazu nichts Kritisches. Entweder schweigen sie oder äußern sich »Pro Islam«. Da eine Stimme fehlt, die sich gegen die Islamisierung der Muslime in Deutschland und Europa erhebt und erklärt, was hier eigentlich los ist, haben wir uns als Zentralrat der Ex-Muslime gegründet.

Aus meiner Sicht besteht das Hauptproblem darin, dass wir es mit einer politischen Bewegung, dem politischen Islam, zu tun haben, der im Iran und Sudan, in Pakistan und Afghanistan sowie verschiedenen anderen muslimischen Ländern an die Macht gekommen ist und nun auch versucht, in Europa an

Einfluss und politischem Gewicht zu gewinnen. Sie können sich vorstellen, was die damit verbundene Unterdrückung, besonders für Frauen durch Kopftuch und Zwangsheirat, für uns, die wir vor diesen barbarischen Regierungen geflüchtet sind, bedeutet. Deshalb erheben wir als Zentralrat der Ex-Muslime unsere Stimme gegen den politischen Islam und seine islamischen Organisationen, gegen Chauvinismus und eine patriarchale Kultur, gegen Mädchen- und Frauenunterdrückung, und für Säkularisierung und Meinungsfreiheit.

Sie nennen Ihren Verein »Zentralrat der Ex-Muslime« und ähnelt damit namentlich sehr der größten Stellvertreterorganisation der Muslime in Deutschland, dem »Zentralrat der Muslime«. Dies ist doch sicher nicht zufällig so, oder?

Unseren Namen haben wir natürlich absichtlich gewählt, um damit in Widerspruch zum »Zentralrat der Muslime« zu treten. Diese Organisation ist eine selbst gebastelte und sie behauptet, alle 3 Millionen Muslime in Deutschland zu vertreten. Dem stellen wir uns entgegen, indem wir sagen, dass wir auch Millionen Menschen vertreten. Ich betone, dass wir Menschen und nicht Muslime vertreten, weil die Hauptidentität der aus den islamischen Ländern gekommenen oder geflüchteten Menschen und ihrer Kinder das Menschsein und nicht das Muslim-Sein ist. Diese Sicht bringen wir in unserem Namen, »Zentralrat der Ex-Muslime«, zum Ausdruck.

Wie haben die Muslime in Deutschland und auch weltweit auf Eure Gründung und Eure Forderungen reagiert?

Am Anfang hat man uns nicht für weiter wichtig befunden, doch zunehmend musste man uns ernst

nehmen. Einige der muslimischen Organisationen haben versucht mit uns zu diskutieren. Doch wenn wir diesen islamischen Organisationen, Milli Görüs und wie sie heißen, im Iran oder in Pakistan oder in Afghanistan begegnen würden, wo sie zum Teil Einfluss haben, dann wären sie nicht so friedfertig. Wenn wir dort erklären würden, dass wir keine Muslime mehr sind, dann würden wir dort umgebracht werden. Insofern versuchen diese Organisationen hier an Einfluss zu gewinnen und uns als gemäßigt und unwichtig abzutun. Wir selbst als Zentralrat der Ex-Muslime haben keine Macht. Sollten die Islamisten und die islamischen Organisationen in Deutschland unter den Muslimen die Machthoheit bekommen, dann werden sie versuchen, uns umzubringen. Die Medien haben sehr gelassen auf uns reagiert. Doch wir haben genug Morddrohungen, genug Hass-E-mails bekommen und werden jeden Tag – ich auch – mit unangenehmen Telefonanrufen belästigt. Dabei zeigt niemand sein Gesicht oder nennt seinen Namen, das ist sehr unangenehm.

Frau Ahadi, wie würden Sie die Lage der Muslime in Deutschland einschätzen? Gibt es viele säkularisierte Menschen aus islamischen Ländern?

Ich denke vor 10-15 Jahren war der politische Islam noch kein so wichtiges Phänomen wie heute. Die Akzeptanz der westlichen Kultur und der Wille sich hier zu integrieren, wurde vor allem von den weiblichen Mitgliedern der aus islamischen Ländern ausgewanderten Familien vorangetrieben. Das Offensein gegenüber gegenüber der westlichen Kultur, das noch vor 15 Jahren bei den meisten vorherrschte, hat schon eine positive Wirkung in unserem Leben gehabt. Deshalb gibt es jetzt kritische Muslime und auch säkularisierte und integrierte Muslime.

Doch in den letzten Jahren ist der politische Islam auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern angekommen, so dass zunehmend eine Tendenz sichtbar wird, dass sich die Muslime unter der Propaganda von Moschee, Imam und Politik zurückentwickeln. Noch sind wir viele. Doch in letzter Zeit hat sich meiner Meinung nach einiges geändert. Man sieht wieder mehr Frauen das Kopftuch tragen, es gibt mehr und mehr Moscheen, mehr Gebet und mehr Islam im Alltag. Ich kenne beispielsweise eine Familie aus Afghanistan, die vor 6-7 Jahren vor den Taliban nach Deutschland geflüchtet ist. Mutter und Tochter trugen bis vor einem Jahr kein Kopftuch hier, doch nun tragen sie es wieder. Das ist eine traurige Bilanz, dass der politische Islam und die islamische

Bewegung in Deutschland so viel Einfluss gewonnen haben und die angenommenen Freiheiten aufgegeben werden.

Wenn man sich die Außenpolitik Deutschlands und anderer europäischer Staaten bezüglich der Beziehungen zum Iran anschaut, muss man klar von einer Politik des Appeasements sprechen. In diese stimmt US-Präsident Obama mit seiner »Respekt-Politik« gegenüber dem Iran ein. Wie bewerten Sie diese Ansätze von Appeasement und Respekt-Politik gegenüber islamischen Staaten wie dem Iran?

Also ich denke, dass die europäischen Regierungen und die Bush-Regierung damals eine Rolle bei der Entstehung von Elendsproblemen, beim Problem der Steinigung und Todesstrafe im Iran oder anderen islamischen Ländern gespielt haben. Dies sehe ich darin begründet, dass sie den Taliban und den Mudschahedin und auch den Islamisten im Iran geholfen haben.

In letzter Zeit reden besonders die europäischen Regierungen alle von Respekt und Dialog. Sowohl diese Politik sehe ich als falsch an, als auch die Politik der Bush-Regierung. Die USA hat die Islamisten erst unterstützt und später unter Bush den Irak angegriffen und einen Krieg in Afghanistan und im Irak angefangen, der noch fort dauert. Letztlich haben die Islamisten wieder mehr Macht gewonnen und die islamische Bewegung ist wieder stärker geworden. Aus meiner Sicht sind beide politischen Ansätze falsch: sowohl die Angriffe und Bombardements unter Bush, als auch die die Respekt-Politik von Obama. Beide Ansätze sorgen dafür, dass Menschen ihr Leben lassen müssen. Man sieht gar nicht, wie die Menschen leben und welche Probleme Millionen von Menschen unter den islamischen Regierungen haben. Aus meiner Sicht muss man eine Politik vorantreiben, die Menschenrechte und Menschenrechtsorganisationen verteidigt. Das bedeutet, dass man Regierungen gegenüber überhaupt keinen Respekt zeigen darf, die im Gesetz festschreiben, dass Frauen den Männern nicht gleich sind, dass Frauen nicht wie Menschen behandelt werden und für kleine »Vergehen« gesteinigt werden dürfen, dass man Ungläubige umbringen darf und dass bereits 9-jährige Mädchen als heiratsfähig betrachtet und verheiratet werden. Um all diesem entgegen zu treten, ist die Respekt-Politik von Obama die falsche. Sie ermutigt eher die Islamisten im Iran noch dazu, noch mehr Menschen umzubringen, noch mehr Menschen festzunehmen und die Frauen- und Arbeiterbewegung zu unterdrücken.

Wechseln wir mal von der Außenpolitik in die Innenpolitik: In Deutschland hat Innenminister Schäuble die Islamkonferenz zusammengerufen. Dort werden die in Deutschland lebenden Muslime vor Allem von konservativen Organisationen vertreten. Sie haben im letzten Jahr eine kritische Islamkonferenz abgehalten und dort zum Abschluss ein Papier veröffentlicht, indem Sie diese vorangetriebene Politik der Integration durch die Stärkung religiöser Identität kritisieren aber Integrationspolitik fordern. Wie sollte diese Ihrer Meinung nach aussehen?

Ich denke, dass die Integration funktionieren kann, wenn wir Menschen unabhängig von Religion, Geschlecht oder Herkunft gesehen werden. Wir sehen die Menschen als Menschen ganz gleich aus welchem Grund sie hier in Deutschland gelandet sind und man muss diesen Menschen hier die Möglichkeit geben, die Sprache zu lernen und sich hier eine Zukunft aufzubauen und ich denke, es ist wichtig, wenn man diesen Menschen eine Identität gibt, die darauf beruht nicht nur Muslim zu sein, gibt man ihrer Identität mehr Gewicht. Auf der anderen Seite gibt es diese islamischen Organisationen, ich rede nicht von Organisationen wie dem Zentralrat der Muslime, sondern vom islamischen Movement, dieser reaktionären, frauenfeindlichen und menschenfeindlichen Bewegung, die überall da, wo sie Macht hat, wie im Iran, jeden Tag mit sehr viel Brutalität gegen Frauen beispielsweise, die ohne Kopftuch auf die Straße gehen, vorgehen. Sie werden geschlagen oder festgenommen. In den europäischen Ländern wird diese Bewegung nun auch aktiv. Für mich besteht ein ganz großer Unterschied zwischen diesen islamischen Organisationen und den Menschen, man darf das nicht durcheinander bringen.

Ich selber komme aus einer muslimischen Familie, alle meine Geschwister sind Muslime. Wir haben viel Kontakt mit anderen Muslimen, diese Muslime sind ganz normale Menschen, sie sind in der Lage eine andere Kultur kennenzulernen und sich zu integrieren. Auf der anderen Seite versucht man ihnen, etwa durch diese Schäuble-Politik, ihre Identität als Muslime zu stärken. Man darf diese Menschen nicht mit den Islamischen Organisationen alleine lassen. Nein, das ist eine ganz falsche Politik. Ich denke, man muss an der Kultur dieser Menschen Kritik üben. Man muss den Mut haben und erklären, dass Frauen Menschen sind und mit Männern gleichzustellen sind. Und wenn ein Chauvinist seine Frau oder Tochter hier umbringen will, dann müssen wir gegen diese Kultur laut und respektlos vorgehen und

dürfen sie nicht unterstützen. Meiner Meinung nach kann man diese Menschen integrieren, wenn die Politik dafür sorgt, dass sich diese islamischen Organisationen nicht einmischen dürfen. Diese Menschen sind Menschen, egal welcher Religion sie angehören, denn Religion ist nicht die Hauptidentität der Menschen. Man muss die Möglichkeit haben, es zu sagen, wenn etwas falsch läuft. Deswegen sind wir, der Zentralrat der Ex-Muslime, wichtig. Wir sind eine Organisation die laut gegen die chauvinistische Macho-Kultur antritt, die sagt, wir Muslime seien besser als diese Ungläubigen, als diese »schmutzigen Leute«.

In Ihrem Papier weisen Sie immer wieder darauf hin, dass Sie für Demokratie streiten. Nun ist es aber so, dass die BRD zwar ein demokratischer Staat ist, hier dennoch eine restriktive Ausländer- und Abschiebepolitik praktiziert wird. Wie gehen Sie damit um?

Wir sind absolut gegen diese Politik. Ich habe früher selbst bei unterschiedlichen Flüchtlingsorganisationen aktiv mitgearbeitet. Wir haben diese Abschiebepolitik immer wieder kritisiert und versucht, etwas dagegen zu tun, wir haben zahlreiche Demonstrationen organisiert, wir haben mehrere Frauen gerettet, die von der Abschiebung nach Afghanistan, den Irak oder Iran bedroht waren. Der Zentralrat der Ex-Muslime versucht nun auch mit unterschiedlichen Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen einen Kongress zu organisieren. Wir möchten ein Zeichen setzen, gegen diese Abschiebepolitik, die unmenschlich und gefährlich ist.

Das ist ja auch ein Aktionsfeld, auf dem sich einige aus der politischen Linken betätigen, also eine Antiabschiebepolitik praktizieren. Wie gehen denn die politisch Linken mit Ihnen und Ihren Positionen um? Etwa wenn Sie Multikultizonzepte kritisieren?

Der Zentralrat der Exmuslime ist seit 2006 in Deutschland aktiv. Mehrere Medien haben mit uns Interviews geführt, mehrere Organisationen haben mit uns zusammengearbeitet, wir sind also eine Organisation, von deren Arbeit man zumindest mal gehört hat. Ich frage mich, warum die Linkspartei taub und blind uns gegenüber ist und bisher nie mit uns gesprochen hat. Wir haben immer wieder versucht, mit diesen linksorientierten Organisationen Kontakt aufzunehmen. Diese Organisationen verfügen über zahlreiche Medien, Zeitungen, Webzeitungen und so weiter und ich habe nie einen Satz über uns darin gefunden. Ich denke, wir haben es in den eu-



ropäischen Ländern mit einer linken Bewegung zu tun, die bis jetzt vorwiegend proislamisch gearbeitet hat. Ich habe ein Interview mit einem Funktionär der Linkspartei gelesen, in dem dieser sagt, Schäuble habe ja die Islamkonferenz organisiert, das sei gut und er müsse nun auch umsetzen, was er versprochen habe, und die Unterstützung der islamischen Organisationen verstärken. Das ist rein proislamische Politik und ich denke, wenn Linke oder Grüne mit Hamas- und Hisbollahfahnen auf die Straße gehen, ist das nicht in Ordnung. Nicht in Ordnung ist auch die Akzeptanz von Steinigungen und Hinrichtungen. Natürlich ist es gut, wenn linke Gruppen und Parteien gegen Abschiebungen sind, aber sie sollten auch gegen Steinigungen sein und sich dagegen engagieren. Ich finde, die grüne Partei und die Linkspartei sollten sich zu allem was in Deutschland geschieht klar verhalten, so auch zum Moscheebau, Islamunterricht, Ehrenmorden, Zwangsheirat und Kopftuch. Ich höre von dieser Seite nur sehr wenig zu diesen Themen: selbst wenn etwas Schreckliches, wie etwa ein Ehrenmord passiert, gibt es nur kurze Statements, aber es gibt keinerlei Engagement gegen eine islamische politische Bewegung, die in Deutschland Fuß gefasst und Macht gewonnen hat.

Würden sie denn sagen, dass es so eine starke Sympathie für den Islam auch in der radikalen Linke gibt?

Ich denke, dass es in anderen linken Organisationen in Deutschland, wie z. B. der Antifa, auch eine kritische Sicht auf den Islam gibt. Wir werden von der Antifa wahrgenommen, sie reden und machen Interviews mit uns. Die nichtorganisierten, oder jenseits der Linkspartei stehenden Linken haben ein Zeichen gesetzt, sie haben unter sich Diskussionen geführt und mit uns einen Dialog angefangen, das finde ich gut. Ich habe übermorgen einen Termin mit jemandem von der Antifa und gebe einer Antifazeitung ein Interview wegen dieses Antiislamisierungskongresses von Pro Köln am 9. Mai in Köln. Es gab eine Demonstration in Frankfurt, am 8. März zum Weltfrauentag und Vertreter der Antifa hatten mit uns diese Demonstration organisiert. Das bedeutet, dass sich irgendwie etwas bewegt.

Welche allgemeine Kritik vertritt der Zentralrat der Ex-Muslimen an Religion und welche speziell am Islam?

Wir sind kritisch gegenüber allen Religionen und wir glauben, dass Menschen ohne Religion besser leben können. Wir denken, dass alle Religionen in der Ver-

gangenheit viele Probleme und viel Elend verursacht haben. Wenn die Religion in unserem Leben eine große Rolle spielt, werden wir Menschen machtlos. Ich denke, dass wenn jeder Mensch nur einmal in diese Welt kommt, er schon die Möglichkeit haben sollte, es zu genießen und nicht von der Religion daran gehindert zu werden. Der Islam ist eine Religion wie alle anderen Religionen, aber er hat in der letzten Zeit vermehrt eine große politische Rolle eingenommen. Der politische Islam ist heute sehr wichtig, und das nicht nur in Nahost oder in Ländern wie Afghanistan, Irak oder Iran. Er hat auch in Europa Sympathisanten und Mitglieder dazugewinnen können, die politisch aktiv und sehr einflussreich sind. Man kann schon einige christliche Organisationen finden, die politisch aktiv sind, aber die sind nicht weltweit organisiert, die sind nicht auf dem Vormarsch. In den 70er und 80er Jahren war eine linksorientierte Bewegung auf dem Vormarsch. Jetzt spielt der politische Islam diese Rolle. Wir müssen schon das ganze Gewicht dieser Bewegung, dieses Movements anerkennen. Wir hatten vor etwa drei Jahren in Berlin einen Kongress zu Säkularismus in Deutschland abgehalten und da habe ich gesagt, dass man nicht über Säkularismus in Deutschland sprechen kann, wenn man vom politischen Islam in Deutschland schweigt. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt. Wir leben jetzt im 21. Jahrhundert, also 2009, und seit 30 Jahren ist die islamische Bewegung eine wichtige Bewegung. In den europäischen Ländern hat diese Bewegung in den letzten 10 Jahren sehr viel Handlungsspielraum hinzu gewinnen können. Sie ist eine politisch regressive Bewegung und deswegen muss man die Gefahr, die von ihr ausgeht anerkennen und gegen sie etwas unternehmen.

Ist der Islam reformierbar?

Wenn man den Koran genau liest und seine Regeln befolgt, kann man sehr vielen Menschen weh tun, sie sogar umbringen. Der Islam ist eine Religion die sehr viel Brutalität ausübt, die feindlich eingestellt ist gegenüber Frauen, Homosexuellen, letztendlich Menschen überhaupt. Man kann den Islam nicht reformieren. Der Koran ist schon das wichtigste Buch des Islam, wenn man den Koran reformieren wollte, blieben aus meiner Sicht nur 3 % übrig, 97 % müsste man wegstreichen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führten Juliane Hummitzsch und Radek Krolczyk.